



Personenwahlbündnis SOLINGEN AKTIV

Personenwahlbündnis SOLINGEN AKTIV * Klemens-Horn-Str. 3 * 42655 Solingen

An die Solinger Presse

an die Fraktionen und Einzelmandatsträger im Solinger Stadtrat

Solingen, 25. Juni 2010

Stellungnahme von SOLINGEN AKTIV zum Haushaltsbegleitbeschluss 2010

Mit der Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der Maßnahmen des vorliegenden Entwurfs des Haushaltbegleitbeschlusses 2010 geht es um eine Grundsatzentscheidung über die **zukünftige Richtung der Kommunalpolitik in Solingen**. Es geht um die Frage, was der eigentliche Zweck des kommunalen Haushalts in Zukunft sein soll: Überschuldung zu finanzieren, oder um eine Rückkehr zu einer **kommunalen Selbstverwaltung**, die diesen Namen auch verdient, zu kämpfen.

Wenn jetzt Politiker von CDU, SPD, FDP und auch Bündnis 90/Die Grünen beklagen, dass Bund und Land dieses Desaster mit verursacht haben, dann ist das nicht sehr glaubwürdig. Ihre Parteien waren alle an der Einführung der Gesetze, wie Hartz IV beteiligt, die erhebliche Mehrkosten für die Stadt Solingen bedeuteten. Von 2010 bis 2013 sind weitere 125 Millionen Steuerverluste und gleichzeitig 22 Millionen Mehraufwendungen im Sozialbereich zu erwarten (lt. OB Feith). Die neusten Steuerschätzungen bringen weitere Einnahmeverluste von 9 Millionen aufgrund der Weltwirtschafts- und Finanzkrise ans Tageslicht. Wo bleibt der **Aufschrei der Solinger Ratspolitiker dieser Parteien gegen das neue „Sparpaket“ der Bundesregierung**, mit dem die Armutgefährdung einer wachsenden Masse von Menschen in unserer Stadt explodieren wird, weil es eine Konzentration der Einschnitte bei den sozial Benachteiligten vorsieht. Damit droht eine weitere drastische Verschärfung der Finanzkrise der Kommunen, die z.B. für Grundsicherung im Alter aufkommen, die durch die Streichung der Rentenbeiträge für Empfänger von Hartz IV erheblich steigen wird. Der Solinger Rat hat keinen Einfluss auf die Steuergesetzgebung oder überhaupt auf die Gesetzgebung zur Finanzausstattung der Stadt. Das heißt aber nicht, dass er gegen diese Verschuldungspolitik politisch nicht aufbegehren könnte, wenn er denn will.

Aber anstatt konsequent gegen diese Politik anzugehen, die wirkliche Problematik aufzuzeigen, macht man es sich in der Solinger Stadtspitze einfach. Man gibt vor, das Problem durch die vorliegenden HSK-Maßnahmen lösen zu können, ordnet sich dem Spardiktat von Land und Bund unter und fordert: *„Die Bürger müssen ihren Beitrag leisten“*. Dabei pfeifen es die Spatzen von den Dächern: **Die 45 Millionen reichen noch nicht einmal, um die anfallenden Zinsen – laut Haushalt 51 Mio. im Zeitraum 2010-2013 - zu bezahlen**. Nicht umsonst betont OB Feith in seiner Etatrede am 25.2.10: *„Wir schaffen damit nach den selbst gesteckten Zielen der Memorandumsstädte des Bergischen Landes und des Ruhrgebietes den sog. positiven „Primärsaldo“. Das heißt: Lässt man die Zinszahlungen für die Kredite außen vor, übersteigen endlich wieder die Erträge die Aufwendungen.“* Solange die Zinsen aber zu bezahlen sind, kann man sie nicht außen vor lassen. Das ganze „Spar“paket also alleine um die Zinsen (nicht einmal die Schulden, nur Zinsen!) an die Banken zu bezahlen? Nicht mit SOLINGEN AKTIV! Zunächst wurde den Solingerinnen und Solingern gesagt, sie müssten ihren Sparbeitrag leisten, um Hilfen von Bund und Land zu bekommen. Nachdem inzwischen alles so aussieht, dass diese Hilfen nicht kommen, werden aber die Bürger umso mehr zur Kasse gebeten.

Telefon: 0212-22 46 366

Bankverbindung:

Bürozeiten:

E-Mail: info@sg-aktiv.de

BLZ: 342 500 00
Stadtsparkasse Solingen
Kontonummer: 547 13 13

Dienstag 10.00 - 13.00 h
Donnerstag 10.00 - 13.00 h
Freitag 14.00 - 16.00 h

Internet: www.sg-aktiv.de

SOLINGEN AKTIV ist also nicht bereit, dem „Kaputt“ sparen unserer Stadt auf Kosten vor allem der Jugend, Familien, gering verdienenden Menschen zuzustimmen, während die **Umverteilungspolitik** in Bund, Land und auch in unserer Stadt munter weiter geht.

Wer suggeriert, durch derartige „Sparpakete“ die Zukunft der Kommune stabil zu machen, der täuscht entweder bewusst die Bürger oder ist reichlich naiv. Allein im Zeitraum der Beratungen des Schuldenpakets wurden weitere 9 Millionen Steuerausfälle deutlich, werden neue Pläne des Bundes auf Kosten der Kommunen bekannt usw. Eine Anfrage der Grünen ergab, dass unsere Stadt **seit 2000 etwa 26 Millionen Euro Mehraufwendungen durch Gesetze von Bund und Land** hatte, die das Konnexitätsprinzip („*wer beschließt soll auch bezahlen*“) nicht einhalten. Wir fordern eine **Gemeindefinanzreform**, die ihren Namen auch verdient!

Ohne einen vollständigen **Zins- und Schuldenerlass** wird die Finanzkrise nicht zu bewältigen sein. Ohne eine **bedarfsgerechte Finanzausstattung** der Kommunen durch das Land wird sich das Finanzdesaster weiter verschärfen. 17 Mio. hat die Stadt Solingen im Jahr 2009 an die Banken allein an Zinsen(!) bezahlt. Die Frage nach einem Zins- oder Schuldenmoratorium wird von den Stadtoberen noch nicht einmal aufgeworfen. Dabei haben die Kommunen ihre Schulden durch die **enormen jahrelangen Zinszahlungen eigentlich längst zurückgezahlt** – d.h. alles was heute an die Banken geht sind reine „kommunal gesicherte“ Extra-Profite! Wir fordern ein **Zinsmoratorium und weitere Verhandlungen über einen Schuldenerlass für die Kommunen**. Während für die Banken (WestLB...) innerhalb weniger Tage Beschlüsse der Regierenden möglich waren, sämtliche faule Kredite in Bad Banks auszulagern, die der Steuerzahler finanziert, - wird von Solingens CDU gebetsmühlenartig wiederholt, ein Zinsmoratorium für die Kommunen sei „Rechtsbruch“. Für uns ist **unzulässig**, wenn die Kommunen durch Bund und Land **entgegen jeglicher grundgesetzlichen Aussagen über die „kommunale Selbstverwaltung“** in Überschuldung getrieben werden und sich die Banken daran eine goldene Nase verdienen.

Ausgehend von unseren Grundsätzen, dass wir uns **ausschließlich den Interessen der einfachen Menschen in Solingen verpflichtet fühlen**, können wir nicht akzeptieren, uns in eine „Spar“debatte zwingen zu lassen, die nur auf Kosten des öffentlichen Lebens und der „kleinen“ Leute geht, während andere sogar noch daran verdienen. Wir lassen die Ernsthaftigkeit unserer Arbeit auch nicht daran messen, ob wir mit unseren Vorschlägen die 45-Millionen-Grenze erreichen oder nicht. „Sparen“ auf Kosten der Bürger ist für uns eben nicht alternativlos. Zugleich wird an immer mehr Posten deutlich (Umlageerhöhung Landschaftsverband Rheinland, Bürgerschaftsanteile der Stadtparkasse Solingen) dass die Stadt Solingen **ganz direkt für die Spekulationsprojekte von Bankern und Managern**, in diesem Falle der **West LB** zahlen müssen.

51 Mio. Zinsen, 26 Mio. zusätzliche Lasten durch Land und Bund – welche Summen im Vergleich zu den „Mini-Beträgen“ die die Schließung wichtiger Sport- und Kultureinrichtungen bringen?

Ganz Solingen weiß, dass aber **auch in Solingens Politik eine Umverteilung stattfindet** und von „gemeinsamem Sparen“ keine Rede sein kann. Erwähnt seien hier

- die hohe **Fraktionsfinanzierung**, deren Halbierung SOLINGEN AKTIV schon lange vorschlägt. Unser fundierter Vorschlag würde einen Erhalt der Fraktionsgeschäftsstellen ermöglichen, die **Ehrenamtlichkeit der Kommunalpolitik** unterstreichen – und eine jährliche Einsparung von etwa 250.000 Euro bringen würde. Bisher hat kein einziger Ratspolitiker dem zugestimmt! Welche Unglaubwürdigkeit!

- Ein Paradebeispiel dafür ist auch der **geplante Neubau für die EBS**, für den 7 Millionen Euro ausgegeben werden soll um dann irgendwann 487.000 Euro im Jahr zu sparen.

- die Millionen, die für **unnötige Gutachten** ausgegeben wurden (zum Beispiel etwa 1 Mio. für ein Gutachten zum geplanten Kombibad - das dann nie kam; 2,2 Mio. für Gutachten zum geplanten Stadtwerkeverbund der dann bereits in den Vorverhandlungen scheiterte) Das sind verlorene Gelder, die nichts eingebracht haben.

Telefon: 0212-22 46 366

Bankverbindung:

Bürozeiten:

E-Mail: info@sg-aktiv.de

BLZ: 342 500 00
Stadtparkasse Solingen
Kontonummer: 547 13 13

Dienstag 10.00 - 13.00 h
Donnerstag 10.00 - 13.00 h
Freitag 14.00 - 16.00 h

Internet: www.sg-aktiv.de

- die 200.000 € jährlich, die mit **unnützen Geschäftsführerposten** verpulvert werden, (z.B. für einen weiteren Geschäftsführerposten bei der BSG für den ehemaligen Kämmerer Schneider...) oder auch die 4. Dezernentenstelle, an der die CDU festhält

- ein **Löschwasservertrag**, der der MVV, einem internationalen Energiekonzern ca.1,3 Mio. im Jahr an Gewinnen zuschustert, obwohl andere Kommunen sehr viel geringere Beträge oder gar überhaupt nichts dafür bezahlen müssen.

- ein **Rathaus**, an dem einzig und allein der Investor verdient, weil die Stadt über 30 Jahre völlig überbezahlte Mieten bezahlt

Protest ist nicht erwünscht! Wer die drastischen Streichungen auf Kosten der Mehrheit der Solinger Bevölkerung und insbesondere der Jugendlichen und Kinder in Solingen ablehnt soll für die Überschuldung der Kommune verantwortlich gemacht werden. Besonders prangern wir hier die **Einschränkung der politischen und demokratischen Rechte und die Erpressung gegenüber dem Stadtrat**, aber auch den Bürgerinnen und Bürgern, an.

Man kann natürlich sagen, „*ein Stadion oder eine Festhalle sind nicht „überlebensnotwendig“, ...zum Schwimmen kann man auch woanders hinfahren oder wofür brauchen wir zwei Festhallen?*“. Aber alle diese Einrichtungen sind für **viele Menschen in Solingen wichtiges Kulturgut**, machen **Lebensqualität** aus. Und natürlich sind diese Einrichtungen Zuschussgeschäfte. Aber sollen wir bald auch Schulen schließen, weil sie „keine Rendite“ bringen?“

Deshalb hat die **Mitgliederversammlung von SOLINGEN AKTIV** am 28.05.2010 unserer Stadträtin Gabi Gärtner **einstimmig einen klaren Auftrag erteilt**: Ablehnung aller Maßnahmen, die auf Kosten der Lebensqualität, von Bildung, Kultur und Sport in Solingen gehen, die höhere Belastungen für die Bürger bringen. Dazu zählen für uns die geplanten Kürzungen im Sport- und Jugendbereich ebenso wie die Schließung und Vermarktung von Sportstätten und Bädern. Dazu gehört die Streichung von Zuschüssen für die VHS, die Einschränkungen in der Stadtbibliothek und die pauschale Schließung von Schulen. Die „Standardabsenkung von 750 Millionen“ beim ÖPNV ist für SOLINGEN AKTIV völlig inakzeptabel. Die 180 Arbeitsplätze bei der Stadt Solingen, auch wenn keine direkten Kündigungen erfolgen sollen, fehlen unserer Jugend für die Zukunft.

Gleichzeitig sehen wir durchaus Einsparpotentiale wie z. B. die vollständige Annullierung des Löschwasservertrages und eine stärkere Erhöhung der Gewerbesteuer auf 490 Punkte, wozu SOLINGEN AKTIV im Stadtrat am 8. Juli Anträge stellen wird. Insgesamt können wir aus dem von der Verwaltung vorgelegten Haushalt Maßnahmen in Höhe von ca. 6 Millionen € zustimmen - das **Gesamtpaket in seiner ganzen Grundausrichtung wird SOLINGEN AKTIV allerdings ablehnen.**

Einfach machen es sich die Fraktionen (und das sind fast alle im Solinger Rat), die sich dem Spardiktat unterordnen und einfach den Rotstift bei Solingens Sport, Kultur – und bei den Bürgerinnen und Bürgern ansetzen.

Wir machen es uns mit diesem Ansatz – der größere Zusammenhänge herstellt und zugleich einen anderen Politikansatz aufwirft **nicht einfach** – aber es ist der richtige Weg, wenn man sich den Interessen der Bürgerinnen und Bürger verpflichtet sieht!

Verantwortungslos sind nicht die, die sich gegen dieses Kaputtsparen wehren. Verantwortungslos sind die, die den Bürgern einreden, mit diesen Maßnahmen, die dem Problem in keiner Weise an die Wurzel gehen, die Überschuldungsproblematik zu lösen!

Gabi Gärtner
Ratsmitglied SOLINGEN AKTIV

Regine Weiß
Mitglied Jugendhilfeausschuss und für den Vorstand von SOLINGEN AKTIV

Margarete Plag
Pressesprecherin von SOLINGEN AKTIV

Telefon: 0212-22 46 366

Bankverbindung:

Bürozeiten:

E-Mail: info@sg-aktiv.de

BLZ: 342 500 00
Stadtsparkasse Solingen
Kontonummer: 547 13 13

Dienstag 10.00 - 13.00 h
Donnerstag 10.00 - 13.00 h
Freitag 14.00 - 16.00 h

Internet: www.sg-aktiv.de